

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dr. H. C. ...
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.: Dr. H. C. ...
Dr. H. C. ...

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 1,75 M. Durch
den Postweg monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Leichter-Linien 2,00 M.
Telegraphen-Adress: Dresdner Volkszeitung.

Redaktions-Verwaltung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Erscheinungsdauer: wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinungsdauer: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Erscheinungsdauer: von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Einzelverkaufspreis: Die 7 getheilte Kopierzeitung 60 Pfennig, darauf
40 Prozent Leerungszuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. —
Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht
kennbar werden. — Für Briefveränderungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 106.

Dresden, Sonnabend den 10. Mai 1919.

30. Jahrg.

Die ersten deutschen Antworten.

Deutschlands wirtschaftliche Knechtung.

Zerlein die Friedensbedingungen, die die Verbündeten
Deutschland auferlegen wollen, wirklich unänderlich in Kraft,
so wird Deutschland nie mehr die große, wirtschaft-
liche Bedeutung erlangen, die es vor dem Kriege
gehabt hat. Schon vor dem Kriege war Deutschlands Wirt-
schaft darauf eingestellt, daß es Rohstoffe und Nahrungsmit-
tel aus dem Ausland einfuhrte und dafür Fertigfabrikate aus-
fuhrte. Der Friedensvertrag geht systematisch darauf hinaus,
Deutschland die Verfügung über Rohstoffe und Nahrungs-
mittel zu nehmen. Im Osten wird uns ein großer Teil
unser landwirtschaftlichen Lebensgebiete, die uns mit
Kartoffeln und Getreide versorgt hatten, abgenommen. Was
von Deutschland übrig bleibt, wird noch viel mehr als das
frühere Deutschland auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln
angewiesen sein. Ebenso werden uns, wenn Oberschlesien und
das Saarrevier verloren gehen, Gebiete genommen, die an
der Versorgung Deutschlands mit Kohlen und Erz be-
sonnentlich beteiligt waren. Auch hier wird das übrigbleibende
Deutschland in Zukunft in noch höherem Grade vom Ausland
abhängig sein als bisher.

Dazu kommt dann noch der Verlust aller unserer Kolonien.
Diese haben unsere Kolonien bei der Rohstoffversorgung
Deutschlands eine geringe Rolle gespielt. Erst kurz vor dem
Kriege begann die Produktion unserer Kolonien sich so zu
heben, daß wir darauf rechnen konnten, in einiger Zeit
größere Lieferungen aus unseren Kolonien zu bekommen.
Diese Aussicht würde durch einen Verlust der Kolonien weg-
fallen. Auch sonst wird tropische Produkte brauchen, werden
für alle Zukunft vom Ausland abhängig sein. Pre-
kärheit wird die Lage Deutschlands dann noch dadurch, daß
wir nach den Bedingungen des Friedensvertrages fast unsere
ganze Futtermittel abliefern und in den nächsten Jahren noch
Erdöl für die Entente bauen müssen. Was wir an über-
weidlichen Waren brauchen, wird also auf fremden Schiffen in
unser Land gebracht werden müssen. Freilich braucht man
nicht zu glauben, daß wir deswegen, weil wir unsere land-
wirtschaftlichen Gebiete im Osten abgeben müssen, von dort
zu wie mehr Getreide und Fleisch bekommen könnten,
daß aus oberitalienischen Kolonialwerken nicht mehr nach Deutsch-
land geliefert werden wird, und daß es uns an Kolonial-
produkten immer fehlen dürfte.

Die Erzeuger in den in Frage kommenden Gebieten
wollen ihre Waren loswerden, sie werden vielfach Deutsch-
land als Abgabegbiet brauchen und froh sein, wenn sie ihre
Waren dort verkaufen können. Aber freilich, damit müssen wir
rechnen, Deutschland wird immer nur das bekommen, was
übrig ist und was die anderen nicht mehr brauchen. Ferner
wird es durch die wirtschaftliche Einknappung, die uns der
Friedensvertrag bringt, für alle Zeiten politisch zu einem
illustrierten Reichthum herabgedrückt. Unser Heiner brauchen,
wenn sie bei Deutschland etwas durchsetzen wollen, nicht mehr
ihre Heere gegen Deutschland marschieren zu lassen. Es
wäre einer feindlichen Koalition jederzeit leicht möglich,
Deutschland dadurch zum Nachgeben zu zwingen, daß ihm die
Zufuhr wichtiger Produkte gesperrt wird. Und dabei soll
Deutschland noch eine Entschädigung von 100 Milliarden
in Gold zahlen, davon 20 Milliarden bis zum 1. Mai 1921.
Freilich sind sich die Verbündeten darüber klar, daß Deutsch-
land diese Verpflichtungen unmöglich von heute auf morgen
erfüllen kann. Die Zahlungen, die Deutschland an die
Verbündeten zu leisten hat, können ja nur in Waren oder
Leistungen erfolgen. Unverkennbar aber ist Deutschland so
arm an Waren, daß es große Mengen nach dem Ausland nicht
ausführen kann.

Die Leistung der verlangten Entschädigung würde für
Deutschland um so schwerer sein, als Ersatzleistungen von
den deutschen Schulden überhaupt nichts und die übrigen ab-
getretenen Gebiete nur einen Teil von den Schulden
übernehmen sollen, die Deutschland vor dem Kriege gehabt
hat. Also ein an Gebieten verkleinertes Deutschland
allein die ungeheure Kriegslast zu tragen und die Ent-
schädigung zu zahlen. Dazu kommt noch, daß Deutschland
durch den Verlust so wichtiger landwirtschaftlicher und Berg-
baugebiete die Möglichkeit hat, sich dem Ausland
gegenüber zu erfüllen, und haben wir in den nächsten Jahren
keine Handelsflotte mehr, so ist es uns auch nicht möglich,
durch die Leistung von Transportdiensten einen Teil unserer
Schulden abzutragen. Es kann daher den Verbündeten sehr
schwer fallen, daß sie von den Entschädigungen, die sie gern
haben möchten, verdammt wenig zu leben bekommen, weil
ihnen Deutschland beim besten Willen nicht in der Lage ist, seine
Verpflichtungen zu erfüllen.

Um die wirtschaftliche Wiederbelebung Deutschlands
vollkommen zu machen, soll uns auch in den Friedens-
bedingungen die Verpflichtung auferlegt werden, den
alliierten Staaten die sogenannte Weisbegünstigung
zu gewähren, ohne daß diese ihrerseits die gleiche Verpflich-
tung übernehmen. Deutschland darf demnach die Waren
den alliierten Ländern nicht mit höheren Zöllen be-
lasten, als die Waren irgendeines anderen Landes, während
die alliierten Länder ihre Waren gegen uns mit höheren

Zöllen, als für die Waren, die sie aus andern Ländern ein-
führen. Dadurch kommt Deutschland von vornherein
handelspolitisch in eine sehr schlechte Lage. Es hat
bei Handelsverträgen mit den alliierten Ländern gar kein
Zwangmittel. Es kann überlebenden Zöllen
dieser Staaten nicht dadurch entgegenwirken, daß es
die Zölle für die aus diesen Ländern eingeführten Waren
entsprechend erhöht, wenigstens dann nicht, wenn es dritten
Staaten gegenüber durch Handelsverträge gebunden ist.
Freilich würde es den Alliierten kaum viel nützen, wenn sie
nach Deutschland unbeschränkt Waren einführen könnten,
während Deutschland seinen Absatz für seine Erzeugnisse
findet. Sie würden dann eben eine Entschädigung von
Deutschland nicht bekommen können, weil diese immer nur
durch die Zufuhr von Waren geleistet werden kann
und alles, was Deutschland an der Wareneinfuhr hindert,
macht auch die Bezahlung irgendeiner Entschädigung an
die Entente unmöglich.

Eine Forderung, die unter den gegenwärtigen Umständen
Deutschland auch sehr empfindlich trifft, ist die nach der
Lieferung von Vieh, unter dem sich allein 140 000 Milch-
kühe befinden sollen. Es handelt sich zwar hier immer
noch um verhältnismäßig kleine Bruchteile unseres Vieh-
bestands, der trotz der Verminderung durch den Krieg immer
noch nach vielen Millionen zählt. Aber der Mangel an
Fleisch und Milch in Deutschland ist ja so groß, daß die
Ablieferung ein empfindlicher Schaden für uns an sich
schon so mangelhafte Volksernährung bedeuten würde. So
sind die Bedingungen, die uns die Entente auferlegen will,
drückend bis aufs Äußerste.

Der Gang der Dinge rechtfertigt leider nur zu sehr die
Hoffung der deutschen Reichssozialdemokratie, die während
des Krieges alles was sie tun konnte, getan hat, um das deutsche
Volk vor einer Niederlage zu bewahren, weil sie sich klar
darüber war, welche Gefahren dem deutschen Volke drohen.
Freilich hat das deutsche Volk nicht ganz den
Wut verlieren. So stehen die Dinge jedenfalls nicht, daß wir
unter allen Umständen samt und sonders Bedingungen müssen,
wenn wir etwa doch die Friedensbedingungen der Entente
annehmen, aber wir werden so schwere Jahrzehnte schwerer
daran zu tragen haben und die Bevölkerung, die wir vor
dem Kriege hatten, in absehbarer Zeit nicht wieder
erreichen können. Und dabei ist es doch den Vätern des
deutschen Volkes auch schon vor dem Kriege klar nicht all-
zuweit gegangen.

Soll aber die Entente an ihren Forderungen un-
verändert fest, so wird auch sie sich schwer schädigen. Die Sonne,
die ihr goldenes Licht leihen soll, wird durch den Frieden, wie
sie ihn will, wenn auch nicht gerade geschädigt, so doch in
ihre Leistungsfähigkeit aufs stärkste gekürzt. Keine
Nachmittel werden unsere Heegner die Entschädigung
die sie gern haben möchten, aus Deutschland verschaffen
können, wenn eben Deutschland wirtschaftlich so schwach ist,
daß man aus ihm nichts herausholen kann.
Und außerdem dürften sie ja doch auch Wert darauf legen,
in Deutschland wieder Abgabegbiete für ihre Erzeugnisse zu
finden. Auch die uns feindlichen Länder haben in dem
Kriege ungeheure Verluste erlitten, vor allen Dingen Frank-

reich, dessen wichtigste Industriegebiete durch den Krieg ver-
stört worden sind. Aber ihre Lage wird dadurch nicht ge-
bessert, daß sie Deutschland vernichten. Auch im Interesse der
Entente liegt es, daß das deutsche Volk wieder ein leistungs-
fähiges Glied der Völkergemeinschaft wird.

Der Entrüstungsturm.

Der Entrüstungsturm über die vorletzten Friedens-
bedingungen nimmt in ganz Deutschland von Stunde zu Stunde
zu. Der Dänische Kapitän behält, eine Aderlassung
von zwölf Mitgliedern nach Berlin zu senden, die sich mit der
Reichsregierung in Verbindung setzen soll. — In Oberitalien
herrscht starke Erregung. Es geben von sehr vielen Orten Protest-
bedingungen ein. Vor allem auch, laut Berl. Tageblatt, von
solchen an der Grenze, die sich entschlossen gegen die Angli-
Kolonien aussprechen. Auch aus Bayern erheben sich scharfe
Proteste. Auf die Bevölkerung der Rheinlande haben, der Volk-
Stg. zufolge, die Friedensbedingungen niederdrückend gewirkt.
Man sei einig in dem Willen, in der Zukunft, bringe sie was sie
wolle, frei zum Reich zu stehen.

Die Regierungen und Parlamente deutscher Einzelstaaten
stellten sich mit Kundgebungen hinter den Protest der Reichs-
regierung. Der Ratun berätet uns eine Wiederbelebung dieser Kund-
gebungen ebenso, wie einen Abbruch der Stimme der ausländischen
neutralen Presse, die sich fast einmütig gegen den Gewalts-
frieden ausspricht.

Die Betrachtungen der Ententebriefe sind noch nicht zu
übersehen. Doch löst aus dem lauten Konzert der Pariser
Presse unerschütterliche Geduld und stiller Spott heraus. Mit Aus-
nahme der sozialistischen fahren diese Blätter fort, die Bedingungen
als außerordentlich milde hinzustellen.

Befremdet verhält sich die italienische Presse. Die
italienischen Blätter bezweifeln in ihren Besprechungen, daß die Ent-
ente die Bestimmungen eines dauerhaften Friedens bringen werden, ohne
allerdings im einzelnen bereits Kritik zu üben. Corriere della
Sera meint, die Zukunft Europas werde sich beruhigender gestalten,
wenn die Alliierten die Kraft gefunden hätten, ihre Forderungen und ihre
Verbindlichkeiten und insbesondere ihre Forderungen nach Nieder-
Geeceles wendet sich offen gegen die Bestimmungen. Angehörige der
überwiegend politischen Ereignisse der letzten Monate mit ihrer
nützlichen Unterstützung gewisser Gebiete und ihrer darüber
Zustellung auf strategische Notwendigkeiten müßte sich die Zukunft der
ganzen Menschheit qualvoll gehalten, da die Bestimmungen sich nicht
mit dem wirtschaftlichen Gemeininteresse aller zu verträglich vereinbaren
kürden. Der Friede würde nur die Ermöglichung von Verhandlungen
bedeuten, die schließlich niemals imugehalten werden können. Der
Artikel über Österreich bedeute eine Verletzung der Rechte Österreichs
und der Rechte Italiens.

Die Kundgebungen an die Reichsregierung.

Berlin, 9. Mai. Von unabhängiger Seite wird mitgeteilt:
Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen geben
beim Reichspräsidenten und Reichsministerpräsi-
denten zahllose Telegramme aus allen Teilen Deutsch-
lands ein, die den entschlossensten Protest gegen die uns auf-

Broddorff-Rankaus Antwortnoten.

Paris, 9. Mai 1919. Der erste
Delegierte der deutschen Friedensdelegation
Reichsminister des Auswärtigen Graf Brod-
dorff-Rankaus hat heute abend folgende
Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz
Herrn Clemenceau gerichtet:

Versailles, den 9. Mai 1919. Herr
Präsident! Die deutsche Friedensdelegation hat
die erste Durchsicht der überreichten Friedens-
bedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen,
daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte
Basis des Rechtsfriedens verlassen ist. Sie war
nicht darauf vorbereitet, daß die dem deutschen
Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zu-
sage auf diese Weise illusorisch gemacht wird.

Der Vertragstextur enthält Forderungen,
die für ein Volk unerträglich sind. Vieles ist
außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen
unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation
wird den Nachweis in einzelnen erbringen und
den alliierten und assoziierten Regierungen ihre
Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zu-
gehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Aus-
druck meiner ausgezeichneten Hochachtung
gez. Broddorff-Rankaus.

Versailles, 9. Mai 1919. Herr Prä-
sident! Die deutsche Friedensdelegation beehrt
sich zur Frage des Völkerbundes Stellung zu
nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm
überreicht, das ihrer Meinung nach zu dem
Problem des Völkerbundes wesentliche Anre-
gungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation
behält sich vor, sich noch eingehend zu dem Ent-
wurf der alliierten und assoziierten Regierungen
zu äußern. Sie macht aber doch schon heute auf
den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt,
daß Deutschland zwar das Statut des
Völkerbundes als einen Bestandteil des uns
überreichten Vertragsentwurfes unterzeich-
nen soll, sich aber nicht unter den Staaten be-
findet, die zum Eintritt in den Völkerbund
eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt
die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen
Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Aus-
druck meiner ausgezeichneten Hochachtung
gez. Broddorff-Rankaus.

(Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der
Vorschlag in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines
Völkerbundesvertrages.)